

SITZUNG VOM

1. Juli 2013

PROTOKOLL

der 23. Sitzung

Datum: 1. Juli 2013

Zeit: 18.00 – 20.50, 30 Min. Pause

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Präsident Daniel Peter

Protokoll: Ratssekretär Willi Bleiker

Anwesend: 29 Mitglieder

Entschuldigt: Benjamin Baumgartner (Ferien)
Tobias Honold (Ferien)
Eva Maria Müller (Ferien)
Stefan Fehr (krank)
Simon Bleiker (Ausland)
Erich Suter (Arbeit)
Marcus Müller (Arbeit)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 22. Sitzung vom 3. Juni 2013
3. Interpellation Tan Birlesik (SVP) - "Austritt aus SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe)" - Begründung
4. Postulat Ulrich Weidmann (SVP) und Mitunterzeichnende - "Energienstadt - Optimierung in den Bereichen Wasser, Strom und Heizmaterialien, Städtische Liegenschaften, Parkanlagen, Bedürfnisanstalten und öffentliche Brunnen" - Begründung
5. Motion Tan Birlesik (SVP) - " Mehrzweckhalle für Opfikon" - Begründung
6. Stadtverwaltung / Interne Umzüge, Renovationen, Erneuerungen, Umbauten und Mobiliar - Abrechnung
7. Sozialabteilung - Zustimmung zur Auflösung des Zweckverbandes Amtsvormundschaft - Bewilligung Stellendach für den neuen städtischen Verwaltungsbereich 'Berufsbeistände'
8. Stadtverwaltung Opfikon - Reorganisation - Schaffung einer Verwaltungsabteilung Gesellschaft - Stellenantrag Abteilungsleitung
9. Stadtverwaltung / Personalwesen / Stellenbedarf Antrag auf Festsetzung eines Stellendaches
10. Fragestunde Energie Opfikon AG

1. Mitteilungen

1.1 Personelles**B5.1.3**

Hans Zolliker kommt aufgrund einer wichtigen Sitzung eine Stunde später

Ratspräsident Daniel Peter weist darauf hin, dass mit dem Versand bereits die Termine für das Jahr 2014 mitverschickt wurden.

Das Büro hat an der letzten Sitzung entschieden, mit dem elektronischen Versand der Gemeinderatsunterlagen zuzuwarten, bis dem Rat ein Extranet zur Verfügung steht, das in Vorbereitung ist. Damit sollen die Ratsmitglieder weiterhin in den Genuss des Services der ausgedruckten Einladungsunterlagen kommen.

1.2 "Lehrkräfte in der Stadt Opfikon"**Kleine Anfrage von Björn Blaser (FDP)****S1.4**

Der Ratspräsident informiert über den Eingang der Kleinen Anfrage von Björn Blaser betreffend der Anstellung von Lehrkräften in der Stadt Opfikon.

Die Kleine Anfrage ist durch den Stadtrat innert zweier Monate nach Bekanntgabe im Rat zu beantworten. Eine mündliche Behandlung der Antwort im Rat ist ausgeschlossen.

1.3 "Bewusstere Unfall-Prävention im Perimeter der Glattalbahn"**Kleine Anfrage von Alex Rüegg (CVP)****V2.9**

Der Ratspräsident informiert über den Eingang der Kleinen Anfrage von Alex Rüegg betreffend der Prävention im Zusammenhang mit Unfällen der Glattalbahn.

Die Kleine Anfrage ist durch den Stadtrat innert zweier Monate nach Bekanntgabe im Rat zu beantworten. Eine mündliche Behandlung der Antwort im Rat ist ausgeschlossen.

Alex Rüegg bittet, auf dem Begleitschreiben die Parteibezeichnung zu korrigieren.

1.5 Eingegangene Post**B5.1.1**

Der Ratsvorsitzende Daniel Peter verliest die eingegangene Post, die in der Aktenaufgabe einsehbar war:

- Litteringproblematik auf den Schulanlagen, Antrag der Schulpflege an den Stadtrat vom 23. Mai 2013
- Rekurs Leo Wehrli Namens der SVP-Fraktion gegen die Gemeinderatssitzung vom Montag den 6. Mai 2013 vom 21.5.13

SITZUNG VOM

1. Juli 2013

- Aufforderung zur Vernehmlassung des Bezirksrats Bülach vom 21. Mai 2013
- Vernehmlassung des Büros Gemeinderat zum Rekurs Leo Wehrli vom 29.5.13
- Beschluss Nr. 150 (Teil-Entscheid) des Bezirksrats vom 29.5.13
- Abschluss des Schriftenwechsels, Zuschrift des Bezirksrats vom 31.5.13
- Gesamterneuerungswahlen der Gemeindebehörden 2014 - Terminkalender

2. Protokoll der 22. Sitzung vom 3. Juni 2013

Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Interpellation Tan Birlesik (SVP) - "Austritt aus SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe)" - Begründung F6.3.1

Tan Birlesik (SVP) begründet im Rat seine Interpellation. Er bittet um die Beantwortung von sechs Fragen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Zurzeit ist das Thema aktuell und verschiedene Austritte sind bekannt geworden. Deshalb stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, als einzelne Gemeinde Mitglied im Verein SKOS zu sein.

Der Stadtrat hat gemäss Art 47 der Geschäftsordnung des Gemeinderates die Interpellation innert dreier Monate nach der Begründung zu beantworten. Über die von der Interpellation berührte Angelegenheit wird nicht Beschluss gefasst.

4. Postulat Ulrich Weidmann (SVP) und Mitunterzeichnende - "Energierstadt - Optimierung in den Bereichen Wasser, Strom und Heizmaterialien, Städtische Liegenschaften, Parkanlagen, Bedürfnisanstalten und öffentliche Brunnen" - Begründung S2.3.5

Ulrich Weidmann (SVP) begründet im Rat sein Postulat. Er bittet den Stadtrat zu prüfen, unter dem Label Energierstadt für die drei Bereiche Heizmaterialien, Strom und Wasser ein Monitoring für die Städtischen Liegenschaften, Parkanlagen, Bedürfnisanstalten und öffentliche Brunnen einzuführen. Wirtschaftliche Massnahmen zur Reduzierung/Optimierung der drei Bereiche sollen laufend geprüft und gegebenenfalls auch umgesetzt werden.

Der Stadtrat hat bis zur nächsten Gemeinderatssitzung zu erklären, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag ist schriftlich zu begründen (Art. 45 Geschäftsordnung Gemeinderat).

**5. Motion Tan Birlesik (SVP) -" Mehrzweckhalle für Opfikon" -
Begründung****L2.2.8**

Tan Birlesik (SVP) begründet im Rat seine Motion. Er bedankt sich bei den verschiedenen Vertretern der Parteien für die Mitarbeit. Er beantragt dem Stadtrat, die Planung und den Bau einer Mehrzweckhalle entsprechend dem Postulat vom 23. April 2012, der Beantwortung vom 23. April 2013 sowie den Erwägungen in der Motion vorzunehmen. Die neue MZH soll bis spätestens Ende 2017, mit Vorbehalt der Urnenabstimmung oder sofern nicht triftige Gründe dagegen sprechen, betriebsbereit sein. Die Urnenabstimmung gemäss Artikel 8 der Gemeindeordnung ist, wenn immer möglich, bis zum 31. Dezember 2014, spätestens bis zum 30. Juni 2015, durchzuführen.

Der Stadtrat wird beauftragt auf die Erstellung eines aufwändigen Bedarfsnachweises zu verzichten. Die Erweiterungsbauten in der Schulanlage Halden und der Bedarf in der Schulanlage Mettlen (höhere Schülerzahlen) legitimieren den Bau einer Mehrzweckhalle mit entsprechenden Synergievorteilen für die Schule Opfikon. Dadurch kann auf den Neubau von Einzelturnhallen in den Schulanlagen Halden und Mettlen verzichtet werden.

Der Stadtrat wird beauftragt, den Bau ökologisch verträglich, ressourceneffizient und mit möglichst viel Lebensqualität für die Nutzenden umzusetzen. Dabei sind eine aufeinander abgestimmte Optimierung in den Bereichen Energie, Baustoffe, Nutzerfreundlichkeit, Erscheinungsbild und Lebenszykluskosten zu berücksichtigen, ohne dabei die Kosten ausser Acht zu lassen.

Die MZH ist auch gemäss Stadtentwicklungskonzept als Notwendigkeit ausgewiesen und soll schnell vorangetrieben werden.

Der Stadtrat hat bis zur nächsten Gemeinderatssitzung zu erklären, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag ist schriftlich zu begründen (Art. 41 Geschäftsordnung Gemeinderat).

**6. Stadtverwaltung / Interne Umzüge, Renovationen,
Erneuerungen, Umbauten und Mobiliar - Abrechnung****L2.2.6**

Ulrich Weidmann, Sprecher der Rechnungsprüfungskommission, erläutert die Abrechnung der internen Umzüge, Renovationen und Umbauten. Mit dem Auszug der Energie Opfikon AG in eigene Räumlichkeiten an der Schaffhauserstrasse 121 wurde dringend benötigter Büroraum frei, der entsprechend angepasst werden musste. Der Gemeinderat hat am 5. November 2007 den Kredit bewilligt. Die Kosten belaufen sich auf CHF 721'362.05. Der bewilligte Kredit von CHF 697'000 wird somit um CHF 24'362.05 überschritten. Zur Prüfung der Abrechnung wurde angemerkt, dass erst nach drei Jahren die Abrechnung vorgelegt wurde, was mit Blick auf allfällige Auswertungen für zukünftige Projekte als zu spät erachtet wird. Die RPK erwartet, dass die Abrechnungen möglichst innert Jahresfrist erledigt werden.

SITZUNG VOM

1. Juli 2013

Die RPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig (4:0), die Bauabrechnung (Interne Umzüge, Renovationen, Erneuerungen, Umbauten und Mobiliar) mit Gesamtkosten im Betrag von CHF 721'362.05 inkl. MWSt zu genehmigen.

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

- | | | |
|----|--|--------|
| 6. | Stadtverwaltung / Interne Umzüge, Renovationen, Erneuerungen, Umbauten und Mobiliar - Abrechnung | L2.2.6 |
|----|--|--------|
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 23. April 2013, den Antrag der RPK vom 13. Juni 2013 und der Diskussion im Rat -

B E S C H L I E S S T :

1. Die Abrechnung für die Renovationen, Erneuerungen, Umbauten, Mobiliarlieferungen und Umzüge in der Stadtverwaltung im Betrag von total CHF 721'362.05, Konto-Nr. 617.5030.158, wird genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Finanzvorstand
 - Finanzabteilung
 - Liegenschaftenverwaltung
7. **Sozialabteilung - Zustimmung zur Auflösung des Zweckverbandes Amtsvormundschaft - Bewilligung Stellendach für den neuen städtischen Verwaltungsbereich 'Berufsbeistände' V5.8.3/P1.9.4**

Anand Anwander, Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Stellendach für den neuen städtischen Verwaltungsbereich Berufsbeistände. Gemäss § 20 des Einführungsgesetzes zum neuen Kindes- und Erwachsenenschutz-Gesetzes (EG KESR) müssen die Gemeinden dafür sorgen, dass in ausreichender Zahl Berufsbeiständinnen und -beistände zur Verfügung stehen. Diese Aufgabe hat für die Bezirksgemeinden bisher der Zweckverband Amtsvormundschaft für Erwachsene im Bezirk Bülach wahrgenommen. Auf Grund der gesetzlichen Anpassung hat der Regierungsrat des Kantons Zürich die Organisation der KESB in Kreisen bestimmt, wobei Opfikon mit Kloten, Bassersdorf, Nürensdorf, Wallisellen und Dietlikon den Kreis Bülach Süd als Sitzgemeinde führt. Für den Zweckverband Amtsvormundschaft drängte sich in der Folge ebenfalls eine Anpassung auf.

SITZUNG VOM

1. Juli 2013

Aufgrund von Variantenprüfungen und der Tatsache, dass die KESB ihren Sitz ebenfalls in Opfikon hat, stellte sich Opfikon zur Verfügung, die Organisation der Berufsbeistände zu übernehmen und diese der Stadtverwaltung anzugliedern. Damit entfällt auch der lästige und teilweise langwierige Zustimmungsprozess durch Delegierte.

Nach eingehender Prüfung des Geschäfts kommt die GPK zur Erkenntnis, dass es Sinn macht, in Opfikon eine Art Kompetenzzentrum für vormundschaftliche Massnahmen zu haben. Dies ist aber für die Stadt Opfikon mit einem Aufwand verbunden. Vorteile sieht die GPK dafür in Bezug auf die Verwaltungsbefugnis. Zudem können Absprachen verwaltungsintern schneller erfolgen, was die kosten- und zeiteffiziente Bearbeitung der Mandate ermöglicht.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Gemeinderat einstimmig mit 6:0 Stimmen,

1. der Auflösung des Zweckverbands Amtsvormundschaft für Erwachsene im Bezirk Bülach per 31. Dezember 2013 zuzustimmen.
2. Dem neuen Verwaltungszweig "Berufsbeistände" ein Stellendach von 10 Vollzeitstellen zu genehmigen.

Sozialvorsteherin Beatrix Jud bedankt sich für die Arbeit der GPK und den positiven Abschied. Sie weist darauf hin, dass bereits die 17 Zweckverbands-gemeinden zugestimmt haben. Es fehlt nur noch die Zustimmung von Opfikon.

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

7. Sozialabteilung - Zustimmung zur Auflösung des Zweckverbandes Amtsvormundschaft - Bewilligung Stellendach für den neuen städtischen Verwaltungsbereich 'Berufsbeistände' V5.8.3/P1.9.4

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 15. Januar 2013, den Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 6. Juni 2013 und der Diskussion im Rat -

B E S C H L I E S S T :

1. Der Auflösung des Zweckverbandes Amtsvormundschaft für Erwachsene im Bezirk Bülach per 31. Dezember 2013 wird zugestimmt.

2. Für den neuen städtischen Verwaltungsbereich 'Berufsbeistände' wird ein Stellendach von 10 Vollzeitstellen bewilligt.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Sozialvorsteherin
 - Verwaltungsdirektor
 - Verwaltungsdirektor-Stv.
 - Leiter Sozialabteilung
 - Finanzverwaltung
 - Stadtkanzlei

8. Stadtverwaltung Opfikon - Reorganisation - Schaffung einer Verwaltungsabteilung Gesellschaft - Stellenantrag Abteilungsleitung

V4.1.7/P1.9.4

Doris Schläpfer, Sprecherin der Geschäftsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Stellenantrag Verwaltungsabteilung Gesellschaft. Dem Ressort „Gesundheit und Umwelt“ fehlt eine eigene Abteilung. Sie wurde im Jahr 2009 aufgelöst, im Bestreben eine schlanke Verwaltung zu erreichen, was sich mit Blick auf die Ressortleitung nicht bewährt hat. Mit der zunehmenden Aufgabenfülle in der Verwaltung werden die Entlastung einzelner Abteilungen und die Neubildung einer eigenen Abteilung für das Ressort „Gesundheit und Umwelt“ wieder aktuell. Die neue Organisation wird erläutert. Mit der Entlastung der Abteilung Soziales werden 30 Stellenprozente an die neue Abteilung Gesellschaft abgetreten. Damit resultiert ein zu bewilligender Stellenbedarf von 70 % für die Abteilungsleitung.

Nach eingehender Diskussion und nochmaligem Einholen von weiteren Informationen kommt die Mehrheit der GPK-Mitglieder zum Schluss, dass eine Neuorganisation des Ressorts „Gesundheit und Umwelt“ und die Bildung einer Abteilung „Gesellschaft“ vernünftig, zukunftsgerichtet und notwendig sind. Vor allem die Entlastung der Sozialabteilung ist dringlich. Der zuständige Stadtrat versicherte der GPK, dass die für die neue Abteilung nötigen Räumlichkeiten kurzfristig gestellt werden können. Ein störender Punkt im Antrag ist die unterschiedliche Benennung von Ressort und Abteilung. Der zuständige Stadtrat bleibt weiterhin Ressortvorsteher „Gesundheit und Umwelt“, die Abteilung aber heisst „Gesellschaft“. Da die Ressortbezeichnungen in der Gemeindeordnung festgelegt sind, wird die Namensänderung des Ressorts „Gesundheit und Umwelt“ (neu: Ressort „Gesellschaft“) erst bei einer Änderung der Gemeindeordnung aktuell.

Eine Minderheit der GPK lehnt den Stellenantrag ab. Diese Minderheit empfindet die Neuorganisation der Stadtverwaltung, wo auch Anpassungen auf Ebene Stadtrat stattfinden, gegen Ende der Legislaturperiode als nicht ideal. Zudem ist für die Gegner des Antrages nicht klar, was mit der Entlastung der Abteilungen geschieht.

SITZUNG VOM

1. Juli 2013

Die GPK beantragt dem Gemeinderat mit 4:2 Stimmen, folgenden Antrag des Stadtrates vom 29. Januar 2013 zu genehmigen:

- Für die neue Abteilung „Gesellschaft“ werden 70 Stellenprozente für die Abteilungsleitung bewilligt.

Stadtpräsident Paul Remund dankt der GPK für die Arbeit und bedankt sich für den mehrheitlich positiven Abschied.

Leo Wehrli (SVP) erachtet es als komisch, wenn wegen Stadtratsmitgliedern, die nicht ausgelastet sind, Verschiebungen vorgenommen werden und erst noch zusätzliche 70 Stellenprozente notwendig sind. Er spricht sich deshalb gegen den Stellenantrag aus. Es soll keine neue Abteilung gegründet werden.

Dem Antrag der GPK wird mit 19:10 Stimmen zugestimmt.

8. Stadtverwaltung Opfikon - Reorganisation - Schaffung einer Verwaltungsabteilung Gesellschaft - Stellenantrag Abteilungsleitung V4.1.7/P1.9.4
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 29. Januar 2013, dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 8. Juni 2013 und der Diskussion im Rat

B E S C H L I E S S T:

1. Für die neue Abteilung Gesellschaft werden 70 Stellenprozente für die Abteilungsleitung bewilligt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Verwaltungsdirektor
 - Leiter Sozialabteilung
 - Leiter Bevölkerungsdienste
 - Finanzverwaltung
 - Stadtkanzlei

**9. Stadtverwaltung / Personalwesen / Stellenbedarf
Antrag auf Festsetzung eines Stellendaches****P1.9.4**

Alex Rüegg, Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Stellendach der Stadtverwaltung. Er beleuchtet die Ausgangslage mit Antrag des Stadtrates um Erhöhung des Stellendaches der Stadtverwaltung basierend auf einem Bericht der Beratungsfirma FEDERAS. Gemäss Art. 36 Abs. 5 der Gemeindeordnung (GO) liegt die Abnahme des Stellenplanes in der Kompetenz des Gemeinderates. In den vergangenen Jahren wurde bezüglich Erhöhung von Stellen im Stadtrat bzw. der Verwaltungsführung äusserste Zurückhaltung ausgeübt. Stellenerhöhungs-Anträge wurden im Gemeinderat in den letzten Jahren mit Wohlwollen und zumeist positiv behandelt. Der in der Ausgangslage erwähnte Erhöhungsantrag bedeutet einen Quantensprung und eine Veränderung der Zuständigkeiten.

Die Stellen-Zahlen wurden aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Veränderungen bzw. Einzelbeschlüsse aktualisiert. Der bereinigte Restbedarf an zusätzlichen Stellen beträgt 22,65 Stellen. Alex Rüegg erwähnt explizit, dass die personalrechtlich neu geregelten 2,64 Stellen der Stadtbibliothek nicht Teil dieses Stellendaches sind. Diese Regelung wird unterstützt und wird in Bezug auf den Stellenantrag neutralisiert. Das neu definierte Stellendach geht nun von 299,443 = 300 Stellen aus.

Alex Rüegg erläutert das Vorgehen der GPK mit intensiven Gesprächen mit den Ressortvorständen. Die GPK hat sich verschiedener Hauptthemen angenommen und Anliegen formuliert. Es sollen mehr Qualität und Angebote in der bereichsübergreifenden Personalführung angeboten werden. Es wird der Wunsch nach Schaffung einer Personalabteilung geäussert. Eine Strategie zum Abbau von Überstunden soll formuliert werden. Die Entscheidungs- und Teamprozesse vor allem in heiklen Situationen sollen vermehrt angewendet werden. Die interne Kommunikation in allen wichtigen Behörden- und Verwaltungsakten soll noch optimaler umgesetzt werden. Die Umsetzung einer schon länger anstehenden IT-Strategie soll bis Ende 2013 vorliegen. Eine mittel- und langfristige Planung des Raumbedarfs soll in Auftrag gegeben werden.

In Würdigung aller thematisierten Aspekte stellt die GPK dem Gemeinderat mit 4:2 Stimmen folgenden Antrag:

1. In Abänderung des stadträtlichen Antrages (+22,65 Stellen) beantragt die GPK eine Erhöhung um 18 auf 295 Stellen (Stellendach). Die Aufteilung der Stellen nimmt der Stadtrat vor. Die personalrechtlich neu definierten 2,64 Stellen für die Stadtbibliothek sind unbestritten.

SITZUNG VOM

1. Juli 2013

2. Der Stadtrat wird beauftragt, die Geschäftsprüfungskommission jeweils per Jahresmitte mit einem jährlichen Reporting über den Einsatz von neuen Personal-Ressourcen zu informieren. Erstmals per 1. Juli 2014. Dieses Reporting enthält folgende Informationen:
 - Hauptgründe / Sachzwänge, die zu den Stellenbesetzungen führten
 - Anforderungsprofile, Einstufungen, Mehrkosten inkl. Sozialleistungen
 - Umsetzung von begleitenden Massnahmen im Sinne der Erwägungen GPK
3. Die Stellenerhöhung hat Gültigkeit für 5 Jahre. Frühestens auf 1. Juli 2018 kann der Stadtrat dem Gemeinderat einen neuen Antrag unterbreiten.

Das GPK-Mitglied Sibel Günaçan (SP) war an der GPK-Sitzung verhindert und spricht sich auch im Namen der SP für das Geschäft Stellendach aus.

Stadtpräsident Paul Remund bedankt sich bei der GPK und betont, dass selten ein Geschäft so genau geprüft wurde und bedankt sich für den positiven Abschied: Er sichert zu, dass weiterhin Stellen wie bisher restriktiv bewilligt werden.

Leo Wehrli (SVP) versteht nicht, warum dem Stadtrat ein Freipass gegeben werden soll und nicht wie bisher der Gemeinderat für zusätzliche Stellen angefragt wird. Er spricht sich gegen den Antrag aus.

Tan Birlesik (SVP) äussert sich als GPK-Minderheit. Er betrachtet den Antrag als Freibrief und Blankocheck für den Stadtrat für die Bewilligung der neuen Stellen mit einer Lohnsumme von über CHF 3 Mio. Das Reporting erachtet er als administrativen Unsinn. Dieser soll allenfalls in den Geschäftsbericht aufgenommen werden. Er warnt davor, dass auch in Zukunft die Kompetenz beim Stadtrat verbleibt, auch wenn weiterhin Stellendächer bewilligt werden müssen.

Haci Pekerman (SP) stellt die Frage an den Stadtrat, ob gleichzeitig mit dem Stellendach die Methode Globalbudget eingeführt wird. Er beurteilt die Methode Globalbudget als effizient und in verschiedenen Verwaltungen als bewährt. Er wünscht Auskünfte zu Vor- und Nachteilen.

Stadtpräsident Paul Remund erklärt, dass das Thema Globalbudget in Opfikon nicht mehr aktuell ist. Die Pilotprojekte in verschiedenen Bereichen (Schwimmbad, Alterszentrum Gibeleich) haben sich nicht genügend bewährt und wurden deshalb wieder eingestellt.

Richard Muffler (SVP) traut dem heutigen Stadtrat zu, dass er weiter restriktiv Stellen bewilligt, was bei einer Neukonstituierung nicht mehr so sicher ist. Zudem viele künftig der Trumpf Gemeinderat als zusätzliche Hürde weg. In der Privatwirtschaft regeln die Finanzen die möglichen Stellen, hier wäre es der Trumpf Gemeinderat.

SITZUNG VOM

1. Juli 2013

Der Ratspräsident erklärt das Vorgehen für die Abstimmung. Er schlägt vor, zuerst über die drei Änderungsanträge der GPK abzustimmen und dann eine Schlussabstimmung durchzuführen.

Der Stadtpräsident Paul Remund gibt bekannt, dass der Stadtrat bereit ist, die vorgeschlagenen Änderungen der GPK als Kompromissvorschlag zu akzeptieren.

Dem Antrag der GPK wird mit 19:10 Stimmen zugestimmt

9. Stadtverwaltung / Personalwesen / Stellenbedarf
Antrag auf Festsetzung eines Stellendaches

P.1.9.4

Der Gemeinderat

- gestützt auf Art. 36, Ziff. 5, sowie aufgrund des Antrages des Stadtrates vom 16. Oktober 2012. den Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 10. Juni 2013 und der Diskussion im Rat -

B E S C H L I E S S T :

1. Der Erhöhung des Stellenplanes der Stadtverwaltung auf 295 Stellen (295 = bisher 276.793 + 18 neue Stellen) wird zugestimmt. Die personalrechtlich neu definierten 2,64 Stellen für die Stadtbibliothek sind unbestritten und werden zusätzlich separat genehmigt, womit sich das Stellendach auf 297.5 erhöht.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, die Geschäftsprüfungskommission jeweils per Jahresmitte mit einem jährlichen Reporting über den Einsatz von neuen Personal-Ressourcen zu informieren. Erstmals per 1. Juli 2014. Dieses Reporting enthält folgende Informationen:
 - Hauptgründe / Sachzwänge, die zu den Stellenbesetzungen führten
 - Anforderungsprofile, Einstufungen, Mehrkosten inkl. Sozialleistungen
 - Umsetzung von begleitenden Massnahmen im Sinne der Erwägungen GPK
3. Die Stellenerhöhung hat Gültigkeit für 5 Jahre. Frühestens auf 1. Juli 2018 kann der Stadtrat dem Gemeinderat einen neuen Antrag unterbreiten.

SITZUNG VOM

1. Juli 2013

4. Mitteilung an:

- Stadtrat
- Abteilungsleiter
- Stadtkanzlei

Tan Birlesik (SVP) lädt alle Ratsmitglieder zur Eröffnungsfeier des Stadtfestes am 30. August 2013, 17.45 ein und gibt allen ein Ehrengast-Abzeichen ab. Er weist darauf hin, dass mit 60 teilnehmenden Vereinen die Erwartungen weit übertroffen wurden. Das Fest dauert vom 30. August bis 2. September. Eine Einladung für ein Mittagessen am 1. September mit einer Rede von Regierungsrat Ernst Stocker folgt.

18.55 Pause für 30 Minuten.

Der Ratspräsident unterbricht die Sitzung um 18.55 für eine Pause mit Verpflegung von 30 Minuten.

Der Ratspräsident eröffnet die Sitzung wieder um 19.30.

10 Fragestunde Energie Opfikon AG

B5.1.2

Der Ratspräsident Daniel Peter erläutert das Vorgehen. Die Fragen und Antworten wurden an alle Ratsmitglieder verteilt. Die Fragen sollen von der Energie Opfikon AG beantwortet werden. Verständnisfragen sind möglich. Sonst soll aufgrund der vielen Fragen vorderhand auf zusätzliche Fragen verzichtet werden. Die Fragestunde wird aufgrund der vorliegenden schriftlichen Antworten nicht protokolliert.

Stadtrat Bruno Maurer weist darauf hin, dass die Fragen nach Themenkreisen gruppiert worden sind. Der Rat ist einverstanden, dass die Fragen auch von Hanspeter Ruf Geschäftsleiter Energie Opfikon AG und Irma Weber, Ressortleiterin Administration beantwortet werden. Verschiedene Antworten, die die Stadtverwaltung betreffen, werden von Stadtpräsident Paul Remund beantwortet.

Stadtrat Bruno Maurer weist am Schluss der Fragestunde darauf hin, dass gestellte Zusatzfragen, die noch nicht beantwortet werden konnten, von der Energie Opfikon AG beantwortet und vom Ratssekretär den Ratsmitgliedern zugestellt werden.

SITZUNG VOM

1. Juli 2013

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Daniel Peter macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 2. Juli 2013

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:

Willi Bleiker

SITZUNG VOM

1. Juli 2013

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:
Daniel Peter

.....

Die 1. Vizepräsidentin:
Heidi Kläusler-Gysin

.....

Die 2. Vizepräsidentin:
Franziska Driessen-Reding

.....